

 KEIN GELD MEHR

Ukraine am Rand der Pleite: EU setzt auf eingefrorene russische Milliarden – eine Utopie?

Die USA präsentieren einen Friedensplan – doch die EU kontert mit einem eigenen Vorschlag. Während der Ukraine-Krieg weiter eskaliert, trocknet der Geldfluss langsam aus. Eine Analyse.



Franz Becchi

26.11.2025

🔄 27.11.2025, 06:24 Uhr



Die Europäische Union will eingefrorene russische Vermögen nach Kiew weiterleiten.

Sven Hoppe/dpa

Kommt es zu einem Frieden in der Ukraine – oder vielleicht doch nicht? Während die USA einen Friedensplan vorgelegt haben, hat Europa mit einem eigenen Gegenvorschlag reagiert. Eine zentrale Frage bleibt jedoch: Wie viel Geld ist noch für die Ukraine übrig?

Die Wirtschaft der wichtigsten EU-Mitgliedstaaten steckt tief in der Krise, und die geplante Umstellung auf Kriegsindustrie könnte sich als Illusion herausstellen. In der Ukraine wurde zudem ein Korruptionsskandal aufgedeckt, der bis in die höchsten Etagen von Wolodymyr Selenskyjs Regierung reicht. Der Staat kämpft mit einem Haushaltsdefizit von 60 Milliarden Euro, und US-Präsident Donald Trump fordert, dass der ukrainische Präsident am Verhandlungstisch auf russische Zugeständnisse eingeht.

EU streitet sich mit den USA über Ukraine-Friedensplan

Der europäische Gegenvorschlag zum US-Friedensplan bleibt in vielen Punkten ähnlich, enthält jedoch wesentliche Anpassungen. So lehnt der europäische Plan im Gegensatz zum US-Plan die De-facto-Anerkennung russischer Gebietsgewinne (wie der Krim und des Donbass) ab und setzt stattdessen auf Verhandlungen über territoriale Lösungen entlang der aktuellen Kontaktlinie. Auch beim Nato-Beitritt der Ukraine gibt es Unterschiede: Während der US-Plan eine dauerhafte Ablehnung des Nato-Beitritts in der Verfassung vorsieht, lässt der europäische Plan diese Frage offen, wobei der Konsens aller Nato-Mitglieder erforderlich ist. Der europäische Vorschlag, der von dem britischen Premierminister Keir Starmer, dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron und dem deutschen Bundeskanzler Friedrich Merz unterstützt wird, könnte auch die langfristige Integration der Ukraine in die EU umfassen.

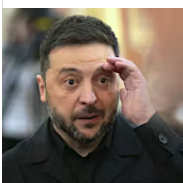
Zudem strebt der europäische Plan eine schrittweise Wiederintegration Russlands in die Weltwirtschaft an, wobei Sanktionsentlastungen nur unter bestimmten Bedingungen gewährt werden sollen. Im Gegensatz dazu sieht der US-Plan eine vollständige wirtschaftliche Wiedereingliederung Russlands vor, einschließlich eines von den USA kontrollierten Wiederaufbaufonds. Ein ungelöstes Problem bleibt jedoch die Frage der eingefrorenen russischen Vermögenswerte: Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine forderte die G7 auf Vorschlag des damaligen italienischen Ministerpräsidenten Mario Draghi etwa 260 Milliarden Euro russischer Zentralbankreserven ein, wobei der Großteil dieses Vermögen in Belgien verwaltet wird. Doch eine Verwendung dieser Gelder bleibt rechtlich problematisch, da Belgien befürchtet, dass Russland Klage erheben könnte, sollte dieses Vermögen zur Unterstützung der Ukraine genutzt werden.

Im Europäischen Rat gibt es bislang keine Einigung über den Einsatz dieser eingefrorenen Vermögenswerte. Neben den klaren Absagen von Ungarn und der Slowakei zur Nutzung der eingefrorenen Gelder hält sich auch Italien zurück. „Wir sind der Ansicht – und sind nicht allein damit –, dass das internationale Recht und der Grundsatz der Legalität respektiert werden müssen“, sagte die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni Ende Oktober.



B+ EU-Chatkontrolle soll „ohne Diskussion“ durchgewunken werden

Geopolitik 24.11.2025



B+ Endspiel in Kiew? Russischer Vorstoß und Korruptionsaffäre lasten auf Selenskyj

Auch im Norden Europas gibt es Widerstand: Schwedens Außenministerin Maria Malmer Stenergård warnte, dass die nordischen Länder nicht weiterhin einen unverhältnismäßig großen Anteil an der Unterstützung für die Ukraine übernehmen können. Sie betonte, dass Länder wie Dänemark im Verhältnis zu ihrem BIP deutlich mehr beigetragen haben als etwa Spanien oder Ungarn. Die Ministerin forderte eine gerechte Lastenverteilung und sprach sich für die Nutzung eingefrorener russischer Vermögenswerte aus, um die Ukraine zu unterstützen.

Die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas erklärte Anfang Oktober, dass ohne die Nutzung der eingefrorenen russischen Vermögenswerte die Lasten eines Reparationsdarlehens auf den Steuerzahlern der EU-Mitgliedstaaten liegen würden. Inzwischen hat die EU der Ukraine bereits 177,5 Milliarden Euro an Unterstützung bereitgestellt, davon rund 66 Milliarden Euro für militärische Hilfe. Doch das tatsächliche Problem bleibt das gewaltige Haushaltsdefizit der Ukraine von 60 Milliarden Dollar, das mit den westlichen Hilfgeldern nicht gedeckt werden kann. Die Ukraine hat eingeräumt, dass ihr bis Februar 2026 das Geld ausgeht, wenn die EU nicht einem Kredit in Höhe von 140 Milliarden Euro zustimmt, der gerade durch die eingefrorenen russischen Vermögenswerte besichert werden soll.

Der Wiederaufbaubedarf der Ukraine wird auf 448,6 Milliarden Euro geschätzt, fast das Neunfache des Verteidigungshaushalts für 2025. Laut der Weltbank belaufen sich die direkten Infrastrukturschäden auf 150 Milliarden Euro, wobei der Wohnungsbau und die Verkehrsinfrastruktur besonders stark betroffen sind. Auch der Energiesektor, der 2024 stark beschädigt wurde, benötigt umfangreiche Mittel für den Wiederaufbau. Die EU-Kommission drängt auf die Schaffung eines „Reparationsdarlehen“-Mechanismus, der keine direkte Konfiszierung der russischen Vermögenswerte darstellt, sondern die Rückzahlung dieser Gelder durch Russland im Falle von Reparationen ermöglicht. Ob dieser Mechanismus tatsächlich umgesetzt wird, soll bei der nächsten EU-Sitzung im Dezember entschieden werden.

Die EU ist am wirtschaftlichen Scheidepunkt

Die EU ist jedoch mit wirtschaftlichen Herausforderungen konfrontiert: Die Wirtschaft wächst nur langsam, und die Bundesbank erwartet für 2025 nur ein leichtes Wachstum. Auch die geplante Aufrüstung zur Förderung der Kriegsindustrie könnte nicht die erhoffte wirtschaftliche Erholung bringen. In Großbritannien sorgt die Verzögerung bei der Vergabe von Verteidigungsaufträgen für Unsicherheit in der Rüstungsindustrie. Kleine Unternehmen und Zulieferer sind besonders betroffen, da sie keine klaren Perspektiven für langfristige Aufträge haben, was ihre Investitionen gefährdet.

Die britische Regierung plant, den Verteidigungsinvestitionsplan nach dem Herbsthaushalt

zu veröffentlichen, um langfristige Anforderungen zu klären und private Investitionen zu fördern. Doch die Zeit drängt, und in einer Zeit wirtschaftlicher Unsicherheit bleibt unklar, ob diese Maßnahmen ausreichen werden, um einen bedeutenden wirtschaftlichen Aufschwung zu erzielen.

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.